

# MONATSBRIEF UNGARN MITTWOCH, 05. MAI 2021

#### **Corona-Politik im April**

Die Zahl der täglich an Corona-Verstorbenen erreichte 7. April mit 311 Toten einen Höchstwert, ist seit Mitte April jedoch in der Tendenz leicht abnehmend. Dennoch starben gegen Ende des Monats durchschnittlich täglich beinahe 200 Menschen – vorwiegend ältere Personen mit Vorerkrankungen. Der Mortalitätsstatistik der Johns Hopkins University folgend verzeichnet Ungarn mittlerweile mit seinen mehr als 27.000 am Coronavirus verstorbenen einen weltweit hohen Wert bei der auf die Einwohnerzahl hochgerechneten Covid-Sterblichkeit, auf der anderen Seite findet sich Ungarn hinsichtlich der allgemeinen Übersterblichkeit im besseren Mittelfeld der europäischen Länder wieder.

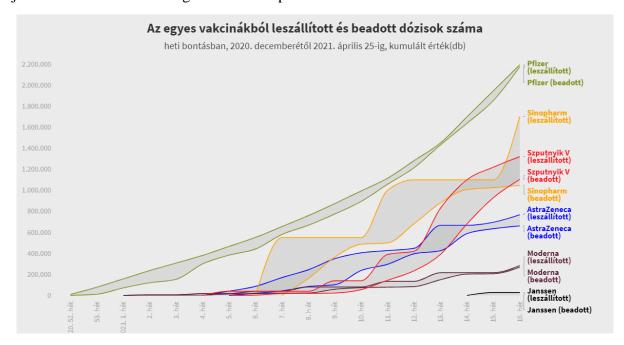
Dem entgegen erzielte der ungarische Staat bei den Impfungen im europäischen Vergleich nach Malta die höchsten Immunisierungswerte, was unter anderem dem Einsatz der Impfstoffe aus Russland (Sputnik-V) und China (Sinopharm) zu verdanken ist, wenngleich diese noch nicht von der Europäischen Arzneimittelbehörde anerkannt sind. Ungarn kritisierte mehrfach das schleppende EU-Impfstoffverteilungsprogramm, wohingegen die "östlichen" Impfstoffe genauso wirksam und leichter erreichbar seien.

Impfstoff	Bestellte Impfstoffe über den EU-Mechanismus	Hiervon eingetroffen	%
Pfizer-BioNtech	10 874 511	2 897 295	27%
Moderna	1 723 610	367 200	21%
AstraZeneca	6 513 460	1 110 700	17%
Janssen	4 309 022	52 800	1%
CureVac	500 000	0	0%
Insgesamt	23 920 603	4 427 995	19%

Impfstoff	Bestellte "östliche" Impfstoffe	Hiervon eingetroffen	%
Sputnik	2 000 000	1 805 600	90%
Sinopharm	5 000 000	2 100 000	42%
Insgesamt	7 000 000	3 905 600	56%

(Daten vom 04. Mai – Quelle: https://koronavirus.gov.hu/cikkek/magyarorszagra-erkezett-vakcinak-tipusa-es-mennyisege-14)

Zugleich bevorzugt der Großteil der für die Impfung Registrierten ein "westliches" Vakzin gegenüber einem "östlichen" Impfstoff. In folgender Graphik wird veranschaulicht, wieviel jeweils von den bereits eingetroffenen Impfstoffen kumulativ verabreicht wurde.



(Daten zwischen Dezember 2020 bis zum 25. April 2021, Quelle: 24.hu)

Zum Anfang des Monats Mai wurde bereits mehr als 40 % der Bevölkerung die Erstimpfung verabreicht (mehr als die Hälfte der Erwachsenen), auch ist anzumerken, dass Ungarn bei der Immunisierungsrate der Risikogruppen im europäischen oberen Mittelfeld steht.



 $(Anteil\ der\ Erstgeimpften\ im\ EU-Vergleich-Stand\ 04.\ Mai\ 2021,\ Quelle:\ magyarnemzet.hu)$ 

Ende April registrierten sich insgesamt schon mehr als 4,5 Mio. Menschen für die Impfung. Dabei sind bereits mehr als 90 % der über 65-Jährigen, die sich registriert hatten, geimpft. Seit dem 30. April können zudem die 16-18-Jährigen sich für eine Impfung anmelden. Der Landesstatistikbehörde nach stieg in den letzten Wochen die Bereitschaft zur Impfung, sodass bereits zwei Drittel der Befragten entweder schon geimpft sind, oder dies vornehmen wollen.

Währenddessen macht die Regierung Schritte zur Öffnung von der Zahl der Geimpften abhängig. Als am 24. April die Marke der 3,5 Millionen Geimpften überschritten wurde,

öffneten die Außenbereiche der Terrassen und die Ausgangssperre wurde fortan statt 22 Uhr ab 23 Uhr angesetzt. Mit 4 Millionen Geimpften am letzten Wochenende des April wurden weitreichende Angebote des öffentlichen Lebens für jene bereits mit einer Erstimpfung wieder erreichbar. Mit des infolge der Erstimpfung erhaltenen Impfausweises – diesen erhält man nur bei einer Impfung in Ungarn – können teilimmunisierte Personen wieder ins Kino, Theater, Schwimmbad und Museum gehen und dürfen die Innenbereiche der Gaststätten benutzen sowie in Unterkünften übernachten. Zudem entfällt die Quarantänepflicht für Einreisende mit einem ungarischen Impfausweis.

Lockerungen bei den Einreisebestimmungen sollen zunächst durch bilaterale Verhandlungen erzielt werden. Mit Serbien, Montenegro und Slowenien einigte sich die Regierungskoalition bereits über das wechselseitige Anerkennen der Impfpässe. Erreicht man in Kürze die Zahl von 5 Millionen Geimpften, soll auch das Abhalten von Hochzeiten erneut erlaubt sein.

Derzeit debattiert das Parlament über eine Verlängerung des Ausnahmezustandes bis zum Herbst.

## Neue Hochschulgesetzgebung – "Modellwechsel"

Ungarns Hochschullandschaft erfährt bedeutsame Umgestaltungen. Am 27. April verabschiedete das Parlament das "Gesetz über vermögensverwaltende Stiftungen im öffentlichen Interesse, die öffentliche Aufgaben wahrnehmen". Das Gesetz sieht eine Umwandlung der Trägerschaften der Hochschulen vor: In Zukunft soll eine Vielzahl der bisher in staatlichem Besitz befindlichen Universitäten von Vermögensverwaltungsstiftungen geleitet werden. Die Stiftungskuratorien werden von der Regierung ernannt, wobei zu späterem Zeitpunkt die Gründungsrechte auf die jeweilige Stiftung übertragen werden, was heißt, dass die Regierung in Zukunft über kein Recht mehr verfügen wird, neue Mitglieder für die Kuratorien zu bestimmen. Fortan wird die Budgetierung der Universitäten privatwirtschaftlicher organisierbar sein. Das Kuratorium verfügt über die vom Staat übertragenen Vermögenswerte und hat darüber die alleinige Verfügungsgewalt, mit der Prämisse des öffentlichen Interesses.

Damit soll der Regierung zufolge eine zentrale hochschulpolitische Forderung nach mehr Autonomie, Unabhängigkeit und Praxisbezug der Universitäten beinahe überall im Lande erfüllt werden. Hiermit folge man in gewissem Maße dem internationalen Trend, der eine Stärkung des Leistungsprinzips vorsieht und den Universitäten mehr Flexibilität in finanziellen Fragen zulässt, was auch eine engere Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft miteinschließt. Letztlich solle dies in einer gesteigerten Wettbewerbsfähigkeit der Bildungseinrichtungen münden. Eine Vielzahl der renommiertesten Universitäten Ungarns wird oder sollen in naher Zukunft von Stiftungen betrieben werden, darunter die Corvinus-Universität, die Semmelweis-Universität oder die Universitäten von Debrecen, Szeged, Pécs und Nyíregyháza. Ab Herbst könnten daher bereits rund 70 % der ungarischen Studenten an Universitäten lernen, die nach dem neuen Modell funktionieren.

Die Opposition kritisierte den Modellwechsel scharf und warf der Regierung vor, sie würde sich durch die Stiftungskuratorien langfristigen politischen Einfluss auf die Hochschulen sichern. Zugleich kündigten Oppositionspolitiker an, sie würden – bei einer möglichen Regierungsübernahme 2022 – die Maßnahmen rückgängig machen. Kritiker bemängelten

zudem, dass mit einem Hinblick auf die finanziellen Erfolge der Universitäten vor allem die weniger wirtschaftlichen Geisteswissenschaften durch das neue System benachteiligt werden könnten.

#### China - Ungarn

Einer der weltweit renommiertesten Hochschulen, die Fudan-Universität zu Shanghai, wird den Plänen der ungarischen Regierung nach ab 2024 einen Campus in Budapest betreiben. Die Universität soll als ungarische Privatuniversität funktionieren, Eignerin wird eine ungarisch-chinesisch Stiftung sein. Bis zu 8.000 Studenten und 500 Lehrkräfte werden den Vorhaben zufolge an der Universität lernen und lehren, die wesentlichen Lehrbereiche erstrecken sich von den Wirtschaftswissenschaften über die Ingenieurswissenschaften bis zur Medizin, wobei die Studien dreisprachig, in erster Linie auf Englisch, aber auch auf Ungarisch und Chinesisch angeboten werden sollen. Auch Studiengänge der Diplomatie und Geopolitik seien vorgesehen sowie Doppeldiplomprogramme mit den anderen angesehenen Budapester Universitäten.

Finanziell gestemmt werden sollen die Investitionen größtenteils durch einen chinesischen Kredit in einer Höhe von rund 1,5 Milliarden Euro; die Gebäude werden in der sogenannten "Studentenstadt" unterkommen, einem ebenso in Planung befindlichen gänzlich neuen Stadtteil auf der postindustriell geprägten Csepel-Halbinsel. Die Bauarbeiten sollen von der China State Construction Engineering Corporation ausgeführt werden.

Vonseiten der Regierung erhofft man sich eine Aufwertung der heimischen akademischen Landschaft und eine Anregung des Wettbewerbs unter den Universitäten sowie eine erhöhte Attraktivität Budapests für ausländische Studenten sowie chinesischen Touristen. Der zuständige Minister für Innovation und Technologie, László Pálkovics, nannte den geplanten Campus eine "Schatzkiste", welche die hohen Kosten schnell wettmache, und betonte, dass man gerade im Bereich der Technologien sehr viel von China lernen könne.

Die Opposition hingegen lehnt die Ansiedlung der Universität unter anderem wegen befürchteter chinesischer Einflussnahme ab, die ein Sicherheitsrisiko darstellen könnte. Auch wurde kritisiert, dass dem Statut der Fudan-Universität nach deren Studenten "sozialistische Grundwerte" respektieren müssen. Oberbürgermeister Gergely Karácsony, welcher in dem Projekt die Verdrängung anderer Bauvorhaben, wie etwa die Errichtung von Wohnheimen für mehrere tausend Studenten in der "Studentenstadt" sah, drohte unterdessen mit der Absage der Leichtathletik-Weltmeisterschaften in Budapest. Pálkovics beteuerte dementgegen, dass der Fudan-Campus keine Grundstücke von der Studentenstadt wegnehmen werde. Derweil äußerte sich auch der ehemalige amerikanische Botschafter David Cornstein besorgt über das chinesisch-ungarische Kooperationsprojekt. Cornstein befürchte, dass mit dem Campus der Fudan-Universität ein Brückenkopf der Kommunistischen Partei Chinas in Budapest entstehe, der Gefahren auch für die Freiheit der Wissenschaften berge.

Das Universitätsprojekt steht in einer Reihe von sich intensivierenden Beziehungen zwischen Ungarn und China. China ist – auf einer Stufe mit Österreich – Ungarns zweitgrößter Importmarkt, 6,1 % der Einfuhren des Jahres 2019 stammten aus dem Reich der Mitte, doch sogleich – trotz zunehmendem Umschlags – exportiert Ungarn deutlich weniger nach China, als es einführt. Im Rahmen des Giga-Handels- und Infrastrukturprojekts der "Neuen

Seidenstraße" soll Ungarn zum logistischen Drehkreuz von chinesischen Gütern in Mitteleuropa werden. In diesem Lichte beschlossen Ende April die Betreiber der Flughäfen von Budapest und Zhengzhou sowie das chinesisch-ungarische Logistikunternehmen CECZ/Utlink einen Kooperationsvertrag, der eine Vervielfachung des zwischenstaatlichen Luftgüterverkehrs vorsieht. Man erwäge zudem die Errichtung eines mehrere zehntausend Quadratmeter großen chinesischen Logistik- und Verteilzentrums am Flughafen Budapest, wodurch der Hauptstadtflughafen zu einem der wichtigsten chinesisch-europäischen Import-Export-Zentren avancieren würde.

## Parteipolitische Neuigkeiten

Den jüngsten Ergebnissen einer Meinungsumfrage des regierungskritischen Závecz Forschungsinstituts von Ende April nach liefern sich die Regierungskoalition und die vereinigte Liste von sechs Oppositionsparteien ein Kopf-an-Kopf rennen, wenn man die sicheren Wähler berücksichtigt. Die amtierende Fidesz-KDNP Listenverbindung würde 48 % erzielen, die Oppositionsliste 49 %. Während die Fidesz-KDNP bei den Parteipräferenzen auf 47 % kommt, ist mit 17 % derzeit die Demokratische Koalition die populärste Partei der Opposition, gefolgt von der Jobbik (15 %), Momentum (8 %) und den Ungarischen Sozialistischen Partei, der MSZP (7 %). Dem entgegen würden die LMP, Parbeszéd, die rechtsextreme Mi Hazánk wie auch die Satirepartei "Hund mit den zwei Schwänzen" den Einzug ins Parlament verpassen. Zugleich ermittelte die Umfrage, dass etwa ein Viertel der Wahlberechtigten noch unentschieden sind.

Indes ermittelte das regierungsfreundliche Nézőpont Meinungsforschungsinstitut, dass zum Ende des Monats die Fidesz-KDNP Listenverbindung sich mit 51 % deutlich vor die Oppositionsliste positionieren würde, welche nur 43% erzielte. Weitere 6 % der aktiven Wähler gäben ihre Stimme weder den Regierungsparteien, noch der gemeinsamen Liste der Opposition: Die Partei "Hund mit den zwei Schwänzen" und die Mi Hazánk kamen auf jeweils 3 %.

Ungarns sechs vereinigte oppositionelle Parteien initiieren voraussichtlich ab August eine Vorwahl, infolge derer ein gemeinsamer Ministerpräsidentschaftskandidat aufgestellt werden soll. Bereits bei den Bürgermeisterschaftswahlen in Budapest im Jahre 2019 veranlassten die Oppositionsparteien eine Vorwahl, um einen gemeinsamen Kandidaten aufzustellen. Gegenwärtig sind Meinungsumfragen zufolge auf der einen Seite der Parteivorsitzende der rechtsextremen Jobbik, Péter Jakab, sowie auf der anderen Seite der Budapester Bürgermeister Gergély Karácsony die beliebtesten Politiker der Opposition.

Des Weiteren erklärte Klára Dobrev, Europaabgeordnete der sozialliberalen Demokratischen Koalition (DK) und Ehefrau des von 2004 bis 2009 amtierenden sozialistischen Premiers und Parteivorsitzenden der DK, Ferenc Gyurcsány, am 2. Mai ihre Kandidatur für die Vorwahlen der Opposition.

### Neuigkeiten vom Deutsch-Ungarischen Institut

Veranstaltungen

Am Donnerstag, den **6. Mai um 15.00 Uhr** lädt das Deutsch-Ungarische Institut gemeinsam mit dem Institut für Migrationsforschung zu einer Zoom-Veranstaltung zum Thema "Radikalisierung und Deradikalisierung - Bekämpfung des religiösen Extremismus im digitalen Zeitalter" ein. Besprochen werden unter anderem die islamistischen Terroranschläge in Berlin, Wien und Dresden sowie der Kampf der ägyptischen Kindermedien gegen Radikalisierung muslimischer Jugendlicher. Näheres hierzu und die Möglichkeit zur **Registrierung** unter diesem Link.

Am 26. Februar 2021 jährte sich der Nizza-Vertrag zum 20. Mal sowie am 25. März 2021 die Berliner Erklärung zum 14. Mal, in der die einprägsame Formel "Wir sind zu unserem Glück vereint" formuliert wurde. Die Konrad-Adenauer-Stiftung publizierte aus diesem Anlass den Sammelband "Deutsche Christliche Demokraten in Europa", der mit seinen 15 Beiträgen ein Kaleidoskop deutscher Europapolitik zeichnet. Unter dem Titel "Deutsche Christliche Demokraten in Europa" veranstaltet das Deutsch-Ungarisches Institut für Europäische Zusammenarbeit am Mittwoch, den 12. Mai um 16.30 ein Online-Kamingespräch mit Hon.-Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering Präsident des Europäischen Parlaments a.D., Ehem. Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung. Das genaue Programm findet sich hier, die

Teilnahme an der Veranstaltung erfolgt nur mit persönlicher Einladung und Registrierung bis zum **bis zum 05. Mai** an **mni@mcc.hu**.

Veröffentlichungen

Dem Leser seien folgende jüngst erschienenen Beiträge empfohlen: Auf der Homepage sind unsere jüngste <u>Analyse</u> des Bundestagswahlprogrammes der Grünen auf Deutsch und Ungarisch erreichbar sowie ein <u>Artikel</u> über die Möglichkeiten junger Ungarn im Geflecht der deutschsprachigen Institutionen Ungarns zu finden.

Der **Monatsbrief Ungarn** wird in Folge immer am ersten Mittwoch des Monats in ihrem elektronischen Postkasten zu finden sein.

Impressum: Deutsch-Ungarisches Institut für Europäische Zusammenarbeit

Direktor: Dr. Bence Bauer LL.M. Verantwortlich: Martin Josef Böhm M.A. Sitz: 1016 Budapest, Somlói út 49-53.

Postadresse: 1518 Budapest, Pf. 155 Web: www.magyarnemetintezet.hu

E-Mail: mni@mcc.hu